

KLEINE ANFRAGE

des Abgeordneten Michael Meister, Fraktion der AfD

Warnung des Bundeskriminalamts vor linksextremistischen Anschlägen auf Atomanlagen, Gaspipelines, den Schwerlast- und Schienenverkehr sowie Häfen und

ANTWORT

der Landesregierung

Laut einem Medienbericht vom 13. September 2022 warnt das Bundeskriminalamt (BKA) in einem internen Bericht vor Angriffen von Linksextremisten auf Atomanlagen, Gaspipelines und den Schwerlast- und Schienenverkehr sowie auf Häfen. Ursächlich dafür soll die weitere Verschärfung der Wirtschafts- und Energiekrise sein.

1. Wie beurteilt die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern die in dem Bericht des BKA aufgeführten Möglichkeiten von Angriffen beziehungsweise Anschlägen auf Gas- und Versorgungspipelines sowie auf Häfen und den Schiene- und Schwerlastverkehr in Mecklenburg-Vorpommern?

Ein besonderer Bezug zu KRITIS-Infrastrukturen in Mecklenburg-Vorpommern stellt das Bundeskriminalamt (BKA) nicht her. Äußerungen des BKA werden durch die Landesregierung grundsätzlich nicht kommentiert.

2. Hat die Landesregierung aktuell Kenntnis von Vorbereitungen und Aktivismus durch Akteure und Gruppierungen aus dem Phänomenbereich der Politisch motivierten Kriminalität -links- in Mecklenburg-Vorpommern?
 - a) Wenn ja, wie viele Akteure sind nach Kenntnis der Landesregierung daran beteiligt (bitte detailliert aufschlüsseln)?
 - b) Wenn ja, welche Gruppierungen sind nach Kenntnis der Landesregierung daran beteiligt (bitte detailliert aufschlüsseln)?

Der Landesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.

3. Wie hoch schätzt die Landesregierung die Gefahr von Angriffen und Anschlägen auf die Versorgungsinfrastruktur beziehungsweise kritische Infrastruktur des Landes Mecklenburg-Vorpommern, auf Anlagen von Energiekonzernen, Stadtwerken und Energiezulieferern durch linksextremistisch motivierte Straftäter oder radikale Klimaaktivisten ein?

Die Sabotageakte an den Pipelines von Nord Stream in der Ostsee zeigen, dass Teile der kritischen Infrastruktur grundsätzlich ein exponiertes Angriffsziel für politisch motivierte Straftaten darstellen können. Insofern besteht angesichts der aktuellen Lage ein abstrakt höheres Gefährdungspotenzial.